

hörten für gewöhnlich dieser Gruppe der Prorektor des jeweiligen Fachbereichs, der Direktor Kader/Weiterbildung, der 2. Sekretär der SED-Grundorganisationsleitung und der Beauftragte für Sicherheit und Geheimnisschutz, also zumindest ein OibE, IME oder GMS, an.

Bei der Entscheidung durch das MfS wurde in jedem Einzelfall das Interesse an der – ich zitiere

- „– konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei und Staatsführung,
- Gewährleistung der staatlichen Sicherheit,
  - Durchsetzung objektiver Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung,
  - vorbeugenden Verhinderung von politischen, ideologischen und materiellen Schäden“

zugrunde gelegt.

Als jeweils aufzuklärende Bereiche bei den zur Überprüfung eingereichten Personen wurden genannt:

- „– Politisch-ideologisches Gesamtverhalten, Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins, politische Zuverlässigkeit,
- Verbindungen in der DDR und deren Charakter,
  - familiäre Verhältnisse, Vermögensverhältnisse,
  - Charaktereigenschaften, persönliche Eigenheiten, moralische Festigkeit, Korruptionsanfälligkeit,
  - Verbindungen, einschließlich die der Familienangehörigen, zu Personen außerhalb der DDR, insbesondere in nichtsozialistische Staaten und Westberlin sowie deren Charakter.“

Bei Wiederholungsüberprüfungen von Reisekadern griff das MfS auf offizielle und inoffizielle Einschätzungen bereits durchgeführter Auslandseinsätze zurück. Zu diesem Zweck wurden bestätigte Reise- und Auslandskader auf der Grundlage der 3. Durchführungsbestimmung des Befehls 299/65 in die Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien des MfS aufgenommen. Da im Verständnis des MfS Dienstreisen in den Westen am effektivsten durch Inoffizielle Mitarbeiter politisch-operativ gesichert werden konnten, hatten jene häufig auch bessere Aussichten, Reise- bzw. Auslandskader zu werden. „Die Auswahl von IM und die Gewinnung von IM unter Reisekadern“, so notierte die Dienstanweisung 4/75, „hat unter der Beachtung der Entwicklung der Auslandsbeziehungen zu nichtsozialistischen Staaten und Westberlin planmäßig, langfristig und schwerpunktmäßig zu erfolgen.“

Ein IM konnte jedoch nicht automatisch Reisekader werden. Auch dieser wurde auf seine „politisch-operative Zuverlässigkeit“ hin überprüft und hatte sich häufig zunächst „bei der Lösung von Aufgaben im Rahmen der politisch-operativen Sicherung im Innern der DDR“ zu bewähren. Kamen bei den Über-

prüfungsmaßnahmen „Zweifel an der politisch-operativen Zuverlässigkeit des Reisekader-IM“ auf, so wurde dieser unter einer entsprechenden Legende aus dem Kreis der Reisekader wieder „herausgelöst.“

Den Akten von Auslandsreisekader-IM ist zu entnehmen, daß diese durchaus mehrfach in ihrem Einsatzgebiet überprüft und bei sogenannter „operativer Notwendigkeit“ im Zusammenwirken mit staatlichen Stellen wieder nach Hause geschickt wurden. Bei langfristigen Auslandsaufenthalten von IM waren diese für die Dauer ihres Aufenthaltes an die Hauptverwaltung Aufklärung zu übergeben. Diese Praxis ist bei Wissenschaftlern mit längeren Forschungsaufenthalten bzw. Gastprofessuren im westlichen Ausland aktenkundig nachweisbar.

Eine kurze Schlußbemerkung: Im vielzitierten „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit den jeweiligen Partei- und Staatsinstanzen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und an den Hochschulen der DDR leisteten die für Hochschulfragen verantwortlichen Dienstseinheiten des MfS also einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der kader- und sicherheitspolitischen Maximen der SED.

Von den Hochschulen der DDR ging letzten Endes keine substantielle Gefahr für das SED-Regime aus. Die sozialistischen „Bildungs- und Denkfabriken“ leisteten ihren von der SED erwarteten staatstragenden Beitrag. Die Staatssicherheit hat mit ihrer eifrigen Durchsetzung kader- und sicherheitspolitischer Standards einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen „Friedhofsruhe“ an den Universitäten geleistet.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Braun. Ich möchte Sie bitten, hier vorne zu bleiben, und bitte nun Herrn Tietz, seinen Vortrag zu halten.

**Detlef Tietz:** Als mich Herr Hilsberg vor drei Wochen anrief und fragte, ob ich einen Beitrag für die Enquete-Kommission liefern möchte, war ich erst eher skeptisch, ob ich das tun soll, weil ich denke, mein Thema bezieht sich wohl mehr auf die Schulen der DDR. Das ist fünf Jahre nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands aus meiner Sicht für das Thema „Schulen“ schon zu spät. Ich habe es dann doch gemacht, weil ich denke, daß es ein wenig Klarheit bei denjenigen hervorruft, was da eigentlich los war oder was auch los ist, die vielleicht nicht in dieser Situation waren. Ich habe gehört, daß die Hälfte der hier Sitzenden doch aus dem Ostteil des Landes stammt. (Heiterkeit)

Ich trete hier als Zeitzeuge auf, mein Vortrag ist denn auch nicht wissenschaftlich, er erhebt nicht diesen Anspruch. Ich war in den siebziger Jahren Schüler der Berliner Schule, in den achtziger Jahren also Lehrer der Ost-Berliner Schule und bin dann eigentlich durch einen Zufall 1990 zum Schulrat geworden in Berlin-Mitte, dem zukünftigen Regierungsbezirk, und ich will Ihnen